



**Sabine Poschmann, MdB**

Stellvertretende wirtschafts- energiepolitische Sprecherin  
Beauftragte für den Mittelstand und das Handwerk  
der SPD-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 78494

Fax 030 227 – 76496

E-Mail: [sabine.poschmann@bundestag.de](mailto:sabine.poschmann@bundestag.de)

12. August 2016

## PRESSEMITTEILUNG

---

### **Stahlstandorte in NRW erhalten**

Mit Blick auf die Fusionsgespräche zwischen ThyssenKrupp und dem indischen Stahlkocher Tata Steel macht sich die Dortmunder Bundestagsabgeordnete und stellvertretende wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Sabine Poschmann für den Erhalt aller Stahlstandorte in NRW stark. „In der Belegschaft wachsen die Sorgen, dass Anlagen geschlossen werden und Stellen wegfallen könnten“, sagt Poschmann nach ausführlichen Gesprächen in Dortmund.

„Wir in Dortmund wissen besonders, was Fusionen bedeuten“, erinnert die SPD-Bundestagsabgeordnete an die Übernahme von Hoesch durch Krupp und die später folgende Fusion mit Thyssen. Von rund 13.000 Stahlarbeitsplätzen in Dortmund Mitte der 80er Jahre seien aktuell rund 1300 auf der Westfalenhütte geblieben. „Die Anlagen sind gut, die Leute sind gut und der Standort ist produktiv“, sagt Poschmann. „Die Arbeitnehmer sehen nicht, was durch einen Zusammenschluss der Stahlsparten von ThyssenKrupp und Tata besser werden sollte.“ ThyssenKrupp sei einer der modernsten Stahlhersteller in Europa. „Es darf auf keinen Fall soweit kommen, dass Verbindlichkeiten des Tata-Konzerns im Falle einer Fusion auf dem Rücken der Beschäftigten von ThyssenKrupp abgetragen werden“, warnt Poschmann.

Eine Schließung von Standorten und Anlagen werde bei den Beschäftigten zu Widerstand führen. Einen Vorgeschmack könne es bereits in Kürze geben: Die IG-Metall ruft die Beschäftigten für den 31. August zu einem „Aktionstag“ vor der Hauptverwaltung von ThyssenKrupp Steel Europe AG in Duisburg auf. Thyssen-Krupp beschäftigt insgesamt 28.000 Mitarbeiter. Poschmann kündigt an, Betriebsräte von ThyssenKrupp in Kürze zu einem Gespräch mit den SPD-Spitzen in Berlin einzuladen. „Es geht um viel. Von der Zukunft der Stahlindustrie hängen Tausende Beschäftigungsverhältnisse in der Zulieferindustrie ab.“